

Gillies' Beitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen nimmt die Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegen. Bezugspreis: Vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Fürs Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 47

Donnerstag den 17. Juni 1920

2. [45.] Jahrgang

Kolonie Deutschösterreich.

Die Note, mit welcher die Entente Deutschösterreich unter Zwangsverwaltung stellt, hat, nach den vorliegenden Presseäußerungen zu schließen, in den deutschösterreichischen Ländern tieferen Eindruck gemacht als in Wien. Die Provinzen sind darüber empört, daß ihnen die Verfügung über das einzige nennenswerte Vermögen genommen wird, nämlich über ihre Wasserkräfte, während die Wiener, durch ihre Notlage hart geprüft, aus der Zusicherung ausreichender Kredite die Hoffnung schöpfen, daß die wirtschaftliche Lage der Hauptstadt nunmehr erheblich entlastet werde. Mag auch sämtliches öffentliche und private Vermögen, welcher Art immer, verpfändet und überdies die Verwaltung und Gesetzgebung dem freien Ermessen der deutschösterreichischen Sektion der Wiedergutmachungskommission untergeordnet werden, die Wiener sind vorläufig zufrieden, daß ihre Sorge um des Lebens Notdurft infolge des Eingreifens der Entente gemildert würde.

Zunächst allerdings besteht die Hilfe der Ententestaaten lediglich darin, daß die bereits gewährten Kredite durch Schätzscheine gedeckt werden, die unter der Garantie der Internationalen Finanzkommission zu emittieren sind. Den darüber hinausgehenden recht unbestimmten Versprechungen steht jedoch das unumstrankte Recht der Entente gegenüber, souverän in alle Zweige privater und öffentlicher Wirtschaft eingreifen. Der Rest von Unabhängigkeit und Selbständigkeit, der Deutschösterreich in St. Germain noch geblieben war, ist auf diese Weise beseitigt; aber es scheint, daß auch gewisse Wiener Kreise,

die sich nur von dem Grundsatz des eigenen Profites leiten lassen, zur Herbeiführung dieses Hörigkeitsverhältnisses das Ihrige beigetragen haben.

Ungeteilte Befriedigung scheint man in den Regierungskreisen zu empfinden. Belastet mit der Verantwortung für die bisherige sicherlich nicht glückliche Finanz- und Wirtschaftspolitik, ist man froh, die Haftung für alle Schäden nunmehr auf die Wiedergutmachungskommission abzuheben zu können und braucht um den Verlust der Aemter und Würden auf längere Dauer nicht mehr zu bangen. Die vor einigen Tagen ausgebrochene Regierungskrise ist nur ein Sturm im Wasserglas und soll den unzufrieden gewordenen Wählern einen ungestümen Kampf um wichtige Parteidörferungen vorräuschen. Die sozialdemokratischen Führer, die mit ihrem Rücktritt einen Theaterdonner aufgeführt haben, möchten die Vermögensabgabe durchdrücken und die christlichsozialen Koalitionsgenossen zum Verzicht auf die Reform der Einkommensteuer nötigen. Aber die Möglichkeit eines Regierungswechsels ist so ziemlich ausgeschlossen, da in dieser Beziehung die Wiedergutmachungskommission das entscheidende Wort zu sprechen hat. Die Regierung Menner ist sich des Vertrauens dieser obersten Instanz umso sicherer, als sie sich auch mit den Wiener Großbanken im völligen Einvernehmen weiß, die bei der Ausarbeitung der Ententenote stark mitgewirkt zu haben scheinen.

Bereits Ende des vorigen Jahres hatten Wiener Bankleute in Paris den dringenden Rat erteilt, das Verfügungsberecht der deutschösterreichischen Länder über die Wasserkräfte zu beseitigen; denn schon lange hegt das Wiener Bankkapital den heissen Wunsch, die Wasserkräfte der Republik, sei

es mit, sei es ohne Zustimmung der Länder auszubeuten. Da sich die Provinz widersetzt zeigte, soll nun dieser Zweck durch die Verhärtung der Zwangsverwaltung über Deutschösterreich erreicht werden. Gleichzeitig sieht sich die Regierung aller Verfassungssorgen entledigt, weil durch die Ententenote die Unterordnung der Länder unter die Wiener Zentralstellen für absehbare Zeiten festgelegt ist.

Auch der kleine Kreis der Anschlußgegner ist höchst befriedigt, weil er hofft, daß die Zwangsverwaltung den angestrebten Anschluß an Deutschland einen starken Riegel vorschieben würde.

Der Zustand, den die Ententenote mit einem Schlag geschaffen hat, bietet für den fernstehenden Besucher ein interessantes Schauspiel. Denn recht verschiedenartige Gruppen, die von einander durch diese Gegensätze getrennt sind, finden sich in voller Zufriedenheit und Harmonie in einem Lager vereinigt. Die ausschlußfeindliche altpreußische Gruppe, die am besten durch die Namen des Bischofs Waiy, des Hofrats Schöpfer und des früheren Ministerpräsidenten Beck bezeichnet wird und mit der Cafekunde der habburgischen Schleppträger in dauernder Verbindung steht, hat mit den sozialdemokratischen Führern parteidörferisch ebenso wenig Verhältnispunkte, wie beide zusammen mit den Wiener Großbanken und doch freuen sich alle der Zwangsverwaltung, für deren Nutznießer sie sich in der einen oder der anderen Weise halten.

Die Ententemissionen, die sich bisher bekanntlich durch einen erstaunlichen Mangel an Kenntnis der deutschösterreichischen Verhältnisse ausgezeichnet haben, werden faktisch wohl kaum das Geschick der deutschösterreichischen Republik bestimmen; sie werden die vorgeschoßenen Puppen in den Händen der

Ja ja, die Liebe! . . .

Bärtliche Worte.

„Ihr Betragen gegen mich, mein sehr schönes Fräulein Lo, ist derart, daß ich es mit meiner Männerwürde unter gar keinen Umständen vereinbaren kann, mich noch länger zum Affen Ihrer läppischen Launenhäufigkeit herzugeben. Ich werde nie aufhören können, Sie zu lieben, aber ich kann wohl aufhören, mit Ihnen zusammen zu sein. Ich werde nie aufhören, in Andacht vor ihrer Schönheit in Gedanken niederknieend weisschmerzdurchflutet und sehsuchtzerwühlt Ihrer zu denken, aber ich kann wohl aufhören — —“

„Hörns auf, Mensch!“

Trennung für immer.

— — und warum, o Adolf, trägst du solche Kragen mit umgelegten Ecken — — ?“

„Wenn Du so furchtbar viel an mir auszusehen hast, teure Anita, dann ist es doch das beste — — nicht wahr! ?“

„Schön! Gut!! Bitte!!“

„Wir sind also heute das letzte Mal zusammen.“

„Du, Adolf, — wenn der Sommer kommt, mußt Du aber weiße Umlegtkragen tragen, das bitt' ich mit aus! !“ — —

Gitelkeiten.

In einem Augenblick erheblicher Ernüchterung äußert Alfred: „Du hast keine Spur von Seele, Kitty, keine Spur! Die einzige Empfindung, Kitty, deren Du fähig bist, ist Gil—tel—keit!!! Alles überschwemmen de maaahloooose Gilteleit — — !“

Da sieht Kitty ein, daß sie zu weit gegangen ist. Nur brüllt sie ihn an sich, streichelt ihn „mütterlich“, versucht einzurenken — — —

Alfred jedoch: „Auch diese Bemühungen — sind eitel — !“

Kommt Zeit, kommt — Heirat.

„Die Grete ist verlobt mit einem Herrn Dr. Meier nicht wahr — ?! ?“

„Ja, ich weiß es nicht — ! Vorigen Dienstag war sie noch nicht verlobt — — mit einem Herrn Dr. Meier, sondern mit einem Herrn Oberleutnant Spatz.“

— — — dem zuliebe ist die Verlobung mit dem Generaldirektor Bauchwitz aufgegeben worden. Wenn das so weiter — — —

Da aber erhebt Meta ihre tiefe Stimme: „O, Zeitgenossen! Die Ehe ist ein lebensgefährliches Experiment! 113 Prozent aller Ehen sind unglücklich. So etwas kann gar nicht genug überlegt, abgewogen, ausprobiert, umdisponiert werden! Man kann doch schließlich nicht den ersten besten Menschen heiraten, mit dem man gerade zufällig verlobt ist — !“

Der Anzug.

Von Arno Voigt, Berlin.

Das ist das Schlimme in unserer Zeit, daß die Materie uns gegenüber immer frecher ihr Haupt erheben darf weil sie die Situation durch ihre Knappheit beherrscht. Mein Anzug ist mein Herr, ich bin von ihm abhängig und werde nun halb ein Opfer seines Streiks sein. Einen Streikbrecher kann ich mir unmöglich erlaufen. Mein Anzug ist eigentlich gar kein Anzug mehr,

sondern nur noch ein Anzug in Liquidation. Allabendlich, wenn ich mich entschäle, befällt mich eine Unruhe, wie ein Sünder sie vor der Urteilsverkündigung haben mag. Dann, dann muß ich zwecks Prüfung der noch verbliebenen Dichtigkeit des Stoffes jenen Teil meines Anzugs, der sich — wie ich zugebe, in Selbstverleugnung — nun seit nur annähernd zu bestimmender Zeit zwischen meinen Sorgenstuhl und den verhältnismäßig unbesorgtesten Teil meines Ichs zu schieben gewohnt ist, zwischen mein Antlitz und das Nachlicht halten. Da ist es mir dann immer, als sähe ich aus dem Dunkel in einen Sternenhimmel. Und die Sterne leuchten von Woche zu Woche klarer — — das ist das Schlimme in unserer Zeit, daß sie eine wirkliche und wahrhafte Synthese gibt zwischen Sternhimmel und Hosenboden.

Wo sind die Seiten hin, da auch dieser einmal solid war und aller Sterne Licht an ihm sich brach? Die Jahre sind darüber hinweggegangen, vieles ist darüber hinweggerutscht, vielleicht war es Arbeit, vielleicht Träumen — vielleicht Geist, vielleicht die andere Seite alles Menschlichen. Irgendwo im Weltenraum fliegen die abgequälten Atome meines Anzugs i. Liqu. herum. Es geht ja in der Welt nichts verloren, den Trost habe ich wenigstens. Aber nun lebe ich seit Monaten in steter Angst vor einem irgendwo herausstehenden Nagel oder einem möglicherweise zu munter herumpringenden Hündchen — — das ist das Schlimme in unserer Zeit, daß man durch die Hunbe auf den Hund kommt.

Ich weiß genau — eines nicht schönen Tages werde ich mir befehlen müssen: Marsch ins Bett!! Weil die anzuglose, die schreckliche Zit herauszieht.

Wiener Bank- und Finanzkreise sein, welche hinter den Kulissen die Drähte ziehen und den eigenen Profit gründlich wahrzunehmen verstehen werden. Die Frage bleibt nur, ob sich die Länder dieser Ausbeutung und Bevormundung auf die Dauer ohne weiteres fügen werden.

Aus der Nationalvertretung.

Der Vizepräsident Dr. Ribar eröffnet am 11. Juni um 5 Uhr nachmittags die 97. Sitzung der Nationalvertretung. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung werden die eingelaufenen Bitten und Beschwerden dem betreffenden parlamentarischen Ausschüsse zur Erledigung zugewiesen. Der Vizepräsident teilt mit, daß der Thronfolger-Regent das Gesetz über die Belgrader und Laibacher Universität und über die Volksschulen mit seiner Unterschrift genehmigt habe. Auf die Beschwerde des Abgeordneten Josip Prodanović, daß ihm der Vizepräsident in der letzten Sitzung das Wort entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung entzogen habe, erwidert dieser, daß er dadurch den Abgeordneten nicht habe beleidigen wollen. Der Abgeordnete Dr. Johann Arnić erkundigt sich, wie es mit der Durchführung der Agrarreform, besonders auf dem Grundbesitz des Fürsten Thurn-Taxis, aussehe, worauf ihm der Minister Dr. Krizman als Nasserminister eine befriedigende Antwort erteilt. Sodann weist der Minister für Bergwerke Dr. Kovočević den Vorwurf des Belgrader Blattes Demokratija, daß er bei der Holzuvelung in Bosnien seine Parteianhänger begünstigt habe, auf Grundlage der Alten in einer längeren Rede zurück. Über Verlangen des Abgeordneten Anton Todorović stellt sodann der Vizepräsident die Anzahl von 187 Abgeordneten fest, erklärt die Beschlußfähigkeit des Hauses und beruft die nächste Sitzung der Nationalvertretung auf morgen an mit der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses über das Wahlgesetz. Der Abgeordnete Prodanović fordert als ersten Punkt der Tagesordnung die Wahl des Parlamentspräsidenten, bleibt jedoch bei der Abstimmung über seinen Gegenantrag in der Minderheit. Schluß der Sitzung um 5 Uhr 50 Min. nachmittags.

Die 98. Sitzung der Nationalvertretung wurde am 12. Juni um 5 Uhr nachmittags eröffnet. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten stellt der Abgeordnete Josip Prodanović an den Vizepräsidenten Dr. Ribar die Frage, warum er auf eigene Faust die Buschläge auf die Leuerungszulagen für das Parlamentspersonal erhöht habe. Dr. Ribar erwidert, daß er im Einlange mit dem Gesetzesvorlage vorgegangen sei, den sein Vorgänger, der verstorbenen Präsident Dr. Draža Pavlović, bereits fertiggestellt hatte. Der Abgeordnete Dr. Simrak interpelliert den Innenminister wegen des noch immer bestehenden Versammlungsverbotes in Kroatien und fordert dessen sofortige Aufhebung; in Vertretung des Innenministers erklärt der Minister für Gesundheitswesen Rofajlović, daß bereits die entsprechenden Weisungen ergangen seien, um dem Gesetz auch in dieser Beziehung zum Durchbruch zu verhelfen. Den sozialdemokratischen Abgeordneten Kopac, der die blutigen Vorfälle in Laibach zum Gegenstande einer Anfrage macht, vertrostet der nämliche Minister auf das Einlange des amtlichen Berichtes aus Laibach. Darauf wird zur Tagesordnung übergegangen: Bericht des Ausschusses über das Wahlgesetz. Der Minister Stojan Peotić bittet die Nationalvertretung, die Vorlage möglichst gewissenhaft und gründlich durchzuberaten. Besonders mache er auf zwei Punkte aufmerksam, welche ihm besonders wichtig erscheinen. Erstens werde vorgeschlagen, daß die Verfassunggebende Versammlung ihre Tätigkeit nicht auf reine Verfassungsfragen beschränken solle, sondern auch einige andere wichtige Angelegenheiten, vornehmlich finanziellen Charakters in ihre Zuständigkeit aufnehmen möge. Und zweitens halte er es für angebracht, jenen Fremden, welche nach dem Friedensvertrage innerhalb eines gewissen Zeitraumes das Optionsrecht für einen anderen Staat besitzen, das Wahlrecht bis zum Ablauf dieses Termes nicht zu gewähren. Der republikanische Abgeordnete Josip Prodanović bekämpft den Vorschlag des Wahlgesetzes, daß die verfassunggebende Versammlung auch für Fragen zuständig sein soll, die sich nicht auf die Verfassung beziehen, und verwirft die Bestimmung, daß es „qualifizierte“ Abgeordnete geben soll. Auch bemängelt er, daß nach dieser Wahlordnung die Frauen kein Wahlrecht besitzen, leugnet

aber nicht, daß das neue Gesetz gegenüber dem bisherigen manche Vorteile aufzuweisen habe. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kovač vertritt im allgemeinen den nämlichen Standpunkt wie der Vortreter. Er verlangt außerdem, daß die Stimmen die in den einzelnen Wahlkreisen hinter dem Wahlergebnis zurückbleiben, nicht verloren gehen dürfen, sondern mit den restlichen Stimmen derselben Partei in anderen Wahlkreisen zusammengezählt werden sollen. Ferner vertritt er die Meinung, daß den optionsberechtigten Staatsbürgern das Wahlrecht nicht vorenthalten werden dürfe.

Der Abgeordnete Dr. Paleček setzt aneinander, daß die demokratische Partei zwar grundsätzlich das Frauenwahlrecht befürwortete, aber aus vielen Gründen und nach reiflicher Überlegung derzeit doch nicht auf dessen Einführung beharrten wolle. Sodann verteidigt er den sogenannten Kanzelparagraphen, welcher durchaus nicht gegen die katholische Kirche gerichtet sei, da dieser ja vom Missbrauch der Kanzel im allgemeinen handle. Diese Strafbestimmung sei im wohlverstandenen Interesse aller Glaubensbekennisse gelegen und gerade die treuesten Kirchengläubigen könnten beruhigt dafür stimmen.

Hierauf wird die Sitzung um 8 Uhr abends geschlossen und die nächste Sitzung auf Montag um 9 Uhr vormittags anberaumt mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Generaldebatte über das Wahlgesetz.

Politische Rundschau.

Inland.

Das Wahlrecht der nationalen Minderheiten in Jugoslawien.

Im parlamentarischen Ausschuß, dem die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über die Wahlordnung für die Konstituante obliegt, wurde auf die Frage der Erteilung des politischen Wahlrechtes an die nationalen Minderheiten, die das Optionsrecht für einen anderen Staat besitzen, wie z. B. die Deutschen, einer grundsätzlichen Erörterung unterzogen. Der Laibacher Slovenec, das Organ der Altslowenischen Volkspartei, veröffentlicht über die betreffende Ausschusssitzung nachstehenden Bericht: „Bezüglich der völkischen Minderheiten wird der Wahlvorschlag jedenfalls dahin abgeändert werden, daß auch jene Bewohner, welche laut Friedensvertrag innerhalb eines Jahres das Optionsrecht ausüben können, das Stimmrecht erhalten, wenn sie sofort erklären, daß sie sich des Optionsrechtes nicht bedienen wollen.“ Wenn der Wahlgesetzausschuss tatsächlich auch den nationalen Minderheiten ihre staatsbürglerlichen Rechte zuerkennt, so werden die Deutschen dieses Staates daraus die Hoffnung schöpfen, daß an maßgebender Stelle das Prinzip wahrhafter Demokratie über alle chauvinistischen Einflüsterungen einer voreingenommenen Presse den Sieg davon getragen hat. Sollen aber die Deutschen, speziell jene in Slowenien, auch ihrerseits freudig mitarbeiten am Aufbau des Staates und am Gedanken der allgemeinen Wohlfahrt, so hat es die Regierung in der Hand, ihnen durch Bekanntmachung ihrer berechtigten Wünsche auf sprachlichem und kulturellem Gebiete hierzu die Möglichkeit zu bieten.

Das Schicksal der Kriegsanleihe.

Einer Meldung des Aktionsausschusses für die Einlösung der Kriegsanleihe zufolge hat das Finanzministerium in Belgrad beschlossen, die im jugoslawischen Besitz befindlichen Kriegsanleihen der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie festzustellen und abzustempeln. Diese Verfügung entspricht dem § 205 des Friedensvertrages von St. Germain, welcher als Termia hießt eine zweimonatliche Frist nach Inkraftsetzung des Vertrages bestimmt. Die abgestempelten Wertpapiere sind so bald gegen Zertifikate einzutauschen und aus dem Verkehre zu ziehen. Die Abstempelung der Kriegsanleihepapiere und deren Ersetzung durch Zertifikate enthält aber für den Staat keinerlei Verpflichtung, damit irgend eine Last zu übernehmen oder anzuerkennen, sofern er nicht selber den Abstempelungs- und Erfahoperationen ausdrücklich diese Bedeutung gegeben hat. Da der Vertrag mit dem Datum in Kraft tritt, an welchem drei Großmächte seine Ratifikation in Paris hinterlegen, was in kürzester Zeit zu gewährten ist, so wird die bislang in Schwebe gelassene Frage der Anerkennung der Kriegsanleihe in Bälde ins Rollen kommen und der wirtschaftliche Wohlstand, ja selbst die Existenz weitester Schichten des slowenischen und kroatischen Volkes wird vom Ausfall des Würfelspiels in Belgrad abhängig sein. Mit Zittern und Bangen sieht ein

großer Teil der jugoslawischen Bevölkerung der Entscheidung entgegen, die in die Hände der Volksvertretung gelegt ist; unsere Abgeordneten werden alle Kraft und Ausdauer aufwenden müssen, um in den kommenden schicksalshohen Tagen der Verantwortung gerecht zu werden, die sie ihrem eigenen Gewissen und ihren Wählern schuldig sind.

Das „makedonisch slowenische“ Problem.

Der Abgeordnete Dr. Josef Smoljala hat in seinem Verfassungsentwurf, wie wir der Laibacher Nova Pravda entnehmen, auf Seite 6 folgende Bestimmungen eingeschaltet: Wir müssen verlangen, daß in Makedonien die serbische Sprache und Kultur ohne Gewaltanwendung zum Durchbruche kommt, damit sich dieses Land unzertrennlich mit unserem Staate vereinige. Das makedonische Problem hat eine große Ähnlichkeit mit dem slowenischen. Die zukünftige Stärke und Größe unseres Staates wird in großem Maße von der glücklichen Lösung dieser beiden Fragen abhängig sein. — Das nationalsozialistische Organ ist über diese Ausführungen recht ungehalten und erklärt unter anderem: Das bedeutet also, daß wir Slowenen für den Staat eine Frage darstellen und zwar eine ebensole Frage wie die Makedonier. Das slowenische Problem soll ähnlich wie das makedonische behandelt werden, d. h. in Slowenien soll die serbische Sprache und Kultur eingeführt werden. Wir haben bisher immer geglaubt, daß wir nach Jugoslawien als Mördergabe unsere von Dalmatin und Trubar mit Aufopferung aufgebaute Kultur mitgebracht haben. Jetzt aber wird uns bedeuten, daß wir nur dazu da sind, um den serbischen Acker zu düngen. Das ist aber nicht mehr Jugoslawien, sondern verdient richtiger den Namen Serbien.

Kulturbund und Sokol.

An die gründende Hauptversammlung des schwäbisch-deutschen Kulturbundes wird ein Dank und ein Volksfest angeschlossen, da der Neusäuer serbische Sokolverein dem Kulturbunde für die Feiern seine Vereinsräume zur Verfügung gestellt hat. Mit Erstaunen liest man diese Notiz im Neusäuer deutschen Volksblatt und fragt sich, ob ähnliche Verhältnisse jemals auch in Slowenien möglich sein werden. Wenn man sich aber erinnert, daß ähnlich des diesjährigen Jagabasses von einer gewissen Presse der Versuch unternommen wurde, die humanitäre Veranstaltung aus engherzigen Gesichtspunkten zu vereiteln, so muß die Hoffnung auf eine baldige Entspannung der uns bedrückenden Atmosphäre trauernd ihr Haupt verhüllen.

Ausland.

Die Anschlußgegner in Deutschösterreich.

Der Tiroler Abgeordnete Schöpfer veröffentlicht in der Wochenschrift „Das neue Reich“ mehrere Aufsätze, welche gegen den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland Stellung nehmen. In einem Teile der reichsdeutschen Öffentlichkeit ist man geneigt anzunehmen, daß Abgeordneter Schöpfer die Auffassung breiterer Volkschichten in Tirol vertrete. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Abgeordneter Schöpfer ist das Sprachrohr des Vorarlberger Bischofs Waiz, dessen Beziehungen zum habsburgischen Haushalte ebenso bekannt sind wie die Tatsache, daß Professor Schöpfer regelmäßig dann einen publizistischen Vorstoß gegen den Anschluß unternimmt, wenn er in der Schweiz gewesen war. Abgeordneter Schöpfer war schon zur Zeit des Zusammenschlusses in seinem Heimatlande isoliert und man wunderte sich allgemein darüber, daß er damals nicht für das an Italien gefallene Südtirol opinierte.

Tschechische Kirchensprache.

Einer tschechischen Meldung zufolge hat Papst Benedikt XV. über Vorschlag der tschechischen Bischöfe den Gebrauch der tschechischen Sprache beim Gottesdienste erlaubt.

Militäruntersuchungen in Triest.

Größere italienische Truppenabteilungen, welche die Triester Militärbehörde aus ganz Italien zusammengezogen hatte, um sie nach Albanien einzustellen, machten ihrem Mißmut gegen diesen Befehl in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni in lärmender und gewalttätiger Weise Luft. Sie sammelten sich in der Vorstadt St. Jakob, entfalteten eine rote Fahne und marschierten, indem sie internationale Lieder sangen und in Rufe auf Lenin ausbrachen, in die inneren Stadtteile. Da sich ihnen auch ziviles Publikum beiderlei Geschlechtes anschloß, nahm die Kundgebung einen bedrohlichen Charakter an. Die aufständischen Soldaten begannen, in die

Luft und auf Häuser zu schießen und die Sicherheitswache zu belästigen. Die ihnen entgegengesetzten kleineren Militäraufgebote schlugen sie in die Flucht, erst einem stärkeren Kontigente gelang es, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Kundgebung, welche von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens dauerte, hat viele Blutopfer gefordert, doch wird die genaue Zahl der Verwundeten und Toten von den italienischen Behörden geheim gehalten.

Neubildung der italienischen Regierung.

Die seit dem Rücktritte des italienischen Ministerpräsidenten Nitti am 11. Mai sich hinschleppende Regierungslücke hat nunmehr ihren Abschluß gefunden. Der italienische König hat den ehemaligen dreibundfreundlichen Außenminister Giolitti mit der Kabinettbildung betraut.

Amerikanische Leichentransporte.

In den Vereinigten Staaten sind ungeheure Geldsummen gesammelt worden, aus denen die Rückbeförderung der während des Weltkrieges auf europäischem Boden gefallenen oder in den Spitätern gestorbenen amerikanischen Soldaten in ihre Heimat bestreiten wird. Die Leichen, deren Zahl auf achtzig bis hunderttausend geschätzt wird, werden enterdigt und einzelnweise in Zinkfärsche gebettet, diese in Holzfärsche gelegt und leichter wieder in Holzkisten verschlossen; und so wandern die ihren Gräbern entrissenen Toten auf eigens dazu erbauten Transportschiffen wieder zurück über das große Wasser, um unter der Decke heimatlichen Rasens der nie wieder gestörten letzten Ruhe teilhaftig zu werden. Diese Massenenterdigung bereitst stark verweseter Leichname, deren Fäulnisgeruch noch auf eine halbstündige Entfernung im Umkreise Uebelkeiten verursacht, bietet, so schreibt uns ein Freund unseres Blattes aus dem von den Amerikanern besetzten deutschen Gebiete, ein grauenhaftes und in dieser Gigantik in der Weltgeschichte wohl einzig bestehendes Schauspiel, stellt aber dem pieläufigen Sinn des amerikanischen Volkes, das die Asche seiner Söhne nicht in fremder Erde modern lassen will, ein ehrendes Zeugnis aus.

Aus Stadt und Land.

Meisterschaftswettspiel Sportklub Hertha Marburg gegen Cilliert Athletiker 3:3 (1:2). Am vergangenen Sonntag fand auf dem eigenen Sportplatz der Cilliert Athletiker beim „Felsenkeller“ ein Fußballwettspiel statt, welches in der Reihe der diesjährigen Meisterschaftswettspiele für die Cilliert als drittes rangierte. Die hiesige Mannschaft lieferte diesmal wie noch nie zuvor ein überaus schönes und ruhiges Spiel, sodass das zahlreich versammelte Publikum, welches den Vorgängen auf dem Spielfeld mit andauernder Aufmerksamkeit folgte, wiederholte zu stürmischem Beifallsbezeugungen hingerissen wurde. Sehr gut gefiel diesmal bei den Cilliern der Mitteldecker, welcher erstklassige Leistungen vollbrachte, ferner das Zentrum und die linke Verbindung. Hervorragendes leistete wie immer der Tormann Plano. Auch die Marburger stellten, wie vorher angekündigt, eine sehr rasche und gute Mannschaft und insbesondere die Stürmerreihen und der Tormann Dolinschek verdienten eine anerkennende Erwähnung. Die Cilliert hatten Ankick und verlegten das Spiel sofort vor das Marburger Tor. Einige schön abgegebene Schüsse wurden zwar vom Tormann glänzend abgewehrt, jedoch die Cilliert drängten weiter und ein schön abgegebener Ball des rechten Flügels der Cilliert wurde in der 10. Minute unter dem Beifall des Publikums vom Mitteldecker unhalbar eingeschossen. Sehr schwer konnten sich die Marburger aus der Umlammerung der Cilliert befreien; erst in der 30. Minute gelang es ihnen, durch einen schön platzierten Schuss das Spiel auszugleichen. Die Cilliert setzten daraufhin mit einem noch schärferen Tempo ein und erzielten in der 40. Minute abermals durch den Mittelstürmer das zweite Tor. In der zweiten Halbzeit schienen die Marburger etwas überlegen zu werden; schon in der 10. Minute erreichten sie das ausgleichende Tor. Fecht griff der Cilliert Mitteldecker ins Spiel ein, versuchte einen Durchbruch und gab knapp vor dem Tore ab, so dass das dritte Tor wieder durch den Mittelstürmer unhalbar eingesendet wurde. Bis knapp vor dem Schluss schien es, dass die Cilliert als Sieger aus dem Treffen hervorgehen würden, doch brachte just die letzte Minute den Marburgern noch das ausgleichende Tor. Der Verbandschiedsrichter Fink aus Laibach waltete umsichtig seines Amtes. — Vorher hatte ein Wettspiel zwischen der Reservemannschaft des Sportklubs Hertha Marburg und der Reservemannschaft des Sportklubs Svoboda

Cilli stattgefunden. Ergebnis 4:1 (1:1). Auch die Reserve der Hertha stellte eine sehr rasche und vielversprechende Mannschaft ins Feld, zeigte viel Kombinationsvermögen und einige gute Läufer. Svoboda Cilli ließ eine gewisse Training vermissen, wird aber bei fleißiger Übung eine gute Mannschaft abgeben können. In der ersten Halbzeit waren beide Partner, wie aus dem Resultat ersichtlich, einander ebenbürtig, doch zeigten in der zweiten Halbzeit die Marburger eine sichliche Überlegenheit und konnten mühslos den Sieg erringen. Schiedsrichter Othmar Derganz.

Der am Sonntag zum erstenmal benützte Spielplatz zeichnet sich durch eine landschaftlich wunderbare Lage aus, bietet aber doch nicht jene Bodenbeschaffenheit, welche für die Ausstragung von Wettspielen notwendig wäre. Wir geben uns der Erwartung hin, dass der Sportverein die Mittel nicht scheuen wird, um dieser Unzulänglichkeit abzuheben, dürfen anderseits aber auch hoffen, dass das sportliebende Publikum die Spiele auch weiterhin so zahlreich wie bisher besuchen und durch Unterstützung des Vereins ihm seine Aufgabe erleichtern wird.

Das nächste Meisterschaftswettspiel wird Sonntag den 20. Juni wieder auf dem Sportplatz beim „Felsenkeller“ ausgetragen. Als Gegner werden sich der Sportklub Rote Elf Marburg und die Cilliert Athletiker gegenüberstellen. Wie aus früheren Wettspielen bekannt, ist die Mannschaft der Marburger sehr gut und soll über eine besonders starke Stürmerreihe verfügen. Beginn des Spieles um 5 Uhr nachmittags.

Um Staatsrealgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache in Laibach findet, wie uns die Direktion der Anstalt in Abänderung der in unserer letzten Blattfolge veröffentlichten Anzeige mitteilt, die Einschreibung und Aufnahmeprüfung in die erste Klasse nicht am 27. bzw. 28. Juni, sondern am 29. bzw. 30. Juni statt. Die Stunde, am ersten Tage um 9 Uhr und am zweiten um 8 Uhr vormittags, bleibt unverändert.

Ein polnischer Rückwanderer aus Amerika erkrankte vor einigen Tagen in Triest; er wurde in das Magdalenen-Spital überführt. Er gab seine Koffer und Kofferchen im Spitalsdepot ab, weigerte sich aber hartnäckig, das Paket, das er an seiner Brust trug, abzulegen. In dem Paket hatte er sich nämlich seine Barschaft, bestehend aus 60 Banknoten zu 20 Dollar einzuhängen lassen. Aus Furcht, dass ihm das Geld von seinen kranken Leidensgenossen gestohlen würde, verschlang er nächtlicherweise sämtliche Banknoten; er ging vermutlich von der Meinung aus, dass sich sein Wagninneres am besten zum Aufbewahrungsorte eigne. Am nächsten Morgen aber wand er sich in schmerzlichen Magenkämpfen. Die Aerzte verordneten ihm ein Abführmittel, welches 50 Banknoten unter Aechzen und Schreinen des Patienten auf dem üblichen Wege wieder zutage förderte. Behn Banknoten blieben im Darme zurück; die anderen wurden desinfiziert und dem glückstrahlenden Polen zur weiteren Verwertung übergeben.

Das Zentrum in Deutschland wird vom Volkswitz als Marienkäfer bezeichnet. Nicht etwa deswegen, weil sich diese Partei unter den huluschreichen Schutz der Himmelsmutter gestellt hat, sondern weil das politische Gepräge des Zentrums dem Farbenspiel des Marienkäfers ähnlich ist: rot mit schwarzen Tupfen.

Wirtschaft und Verkehr.

Das neue Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer ist, wie in Belgrader politischen Kreisen versichert wird, voller Fehler und Unzulänglichkeiten; die Nationalvertretung werde manche Änderungen daran vornehmen und namentlich die Abgaben bei den unteren Kategorien herabmindern müssen. Dieses Gesetz sei nur ein Abklatsch der ungarischen Vorlage, ohne indes auf die anders gearteten wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Staate Rücksicht zu nehmen. Würde das Gesetz in der befreierteren Form durchgeführt werden, so würden die eigentlichen Kriegsgewinner von den Gesetzesbestimmungen nicht einmal gestreift, dagegen die ehrlich produzierenden Stände ins Markt getroffen werden. Diese parlamentarische Kritik, die nach unserer Überzeugung durchaus zutreffend ist, wird von der amtlichen Nachrichtenstelle verbreitet und ist in allen inländischen Blättern zu lesen.

Der ganze Ausfuhrhandel soll, einem Ministerratsbeschluss zufolge, unter Aufsicht gestellt werden. Falls die neu gegründete Zentralausfuhrgenossenschaft bestehen sollte, wird sie ihren ganzen Reingewinn unter die Landwirte verteilen,

die im Kriege Schaden gelitten haben. Die ausgesührte Ware und der Ausfuhrzoll dürfen nur in Dinarwährung bezahlt werden, damit der Kurs unseres Gelbes verbessert wird. In fachmännischen Kreisen ist man der Ansicht, dass in diesem Jahre an Getreide allein rund 160.000 Waggonen zur Ausfuhr gelangen können.

Der Kauf von ausländischen Devisen auf der Börse ist, einer Verordnung des Finanzministers zufolge, in Zukunft den Banken verboten, der Verkauf aber noch weiterhin zugelassen.

Der Export von Kompensationsware aus Jugoslawien nach Deutschösterreich ist trotz Aufklärung des Vertrages auf Grund von bereits vor dem 31. Mai ausgestellten Importbescheinigen des Wiener Barenverkehrsbuscous auch noch weiterhin möglich. Die Zentralverwaltung (Centralna uprava) in Agram nimmt derartige Ausfuhransuchen entgegen und wird auch die betreffenden Fakturen der jugoslawischen Lieferanten honorieren. Bei diesen Waren unterbleibt die Sicherstellung gesunder Valuta und es ist beim Exporte bloß der entfallende neue Ausfuhrzoll zu bezahlen.

Die freie Ausfuhr von Kartoffeln, Kleie und verdorbenem (schimmeligem) Kukuruz ins Ausland ist zufolge Verordnung des Handelsministeriums gegen Errichtung des vorgeschriebenen Ausfuhrzolles und Sicherstellung der Valuta in unbeschränkter Menge gestattet; doch muss die Verdorbenheit des Kukuruz an den Grenzollämtern durch eine eigene Überprüfungskommission festgestellt werden, welcher je ein Organ des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums (der Generalzolldirektion) sowie ein Kaufmann als Mitglieder anzugehören haben.

Die Fleischpreise sind, dem Agramer Tagblatte zufolge, auf den kroatischen Märkten gegenüber den Preisen in der Vorwoche um die Hälfte gesunken. Wenn dieser Preissturz konstant bleibt, so werden in unvermeidlicher Folge auch die Fleischpreise zurückgehen. Es wird sohin auch die Notwendigkeit entfallen, Höchstpreise für das Fleisch zu bestimmen, da die Ware hierdurch für das konsumierende Publikum nur verteuert würde.

Für Manufakturware, die zum gegenwärtigen Kurse der fremden Valuten angelaufen wurde, sollen, wie aus Laibach gemeldet wird, auf Grundlage der Fakturen und des Valutastandes Höchstpreise festgesetzt werden. In dieser Preisbestimmungskommission sollen je ein Organ der Regierung und der Polizei sowie ein kaufmännischer Fachmann vertreten sein.

Das Emballieren ist bei der Versendung von Paketen nach Serbien seit dem Vorjahr verboten, in Slowenien und Kroatien aber noch zugelassen. Wer also einen regen Geschäftsverkehr nach Serbien unterhält, muss die Pakete in Jute einzuhängen und versiegeln. Nun ist die Jute, da es darüber keine gute Fabrik in Jugoslawien gibt, enorm teuer und das Siegellack, das im Inlande gar nicht erhältlich ist, meist minderwertig; die Emballage verteuert also unnötig die Ware und bietet durchaus keine größere Sicherheit gegen Post- und Eisenbahndiebstahl als die früher bei großen (z. B. Textil-) Stücklen auch im Verkehr mit Serbien zugelassene Verpackung mit Spagatierung und Plombierung. Bei Kurzwaren mag die Emballierung erträglicher erscheinen, aber bei großen Stücken ist sie nur mit zwecklosem Kosten- und Zeitaufwand verbunden. Es wäre wünschenswert, wenn die Handelsgrenzen sich dieser Sache annehmen und maßgebenden Ort auf Beseitigung der lästigen und nutzlosen Maßnahme hinwirken wollten.

Hundert Prozent. In einer unserer letzten Nummern brachten wir eine reichsdeutschen Blättern entnommene Notiz, derzufolge Hamburger Großhandelshäuser Kolonialwaren infolge des Preissturzes um 100% billiger offerieren als bisher. Ein Leser unseres Blattes erhebt in einer Zuschrift Einwendungen gegen diese Meldung, da es eine Verbilligung um 100% nicht gebe. Er schreibt: Eine Ware kann im Preise um 100%, ja selbst um 1000 und 10.000% steigen, das heißt doppelt, zehnfach und hundertfach teurer werden als bisher; aber fallen kann der Preis nur bis zu 100%, niemals aber um 100% oder darüber, denn eine solche Ware würde umsonst abgegeben, bzw. mit Daraufzahlung abgesetzt werden, was offenbar widerständig ist. Eine Ware, die früher einmal um 100% gestiegen, also sich um das Doppelte verteuert hat, kann zwar wieder auf den ursprünglichen Preis zurückfallen, aber das sind einleuchtender Weise 50% und nicht 100, also Preissturz um die Hälfte. Es mag sein, dass die meisten Leser, wenn sie von einem Preisrückgang um 100% lesen, sich darunter

ben Entfall der früheren 100%igen Preissteigerung vorstellen, also die Prozentualrechnung auf den früheren Preis basieren; aber diese Berechnung ist irrig.

Unsere diesjährige Ernte verspricht jeden Rekord der letzten Jahrzehnte zu schlagen; ihr Ertrag wird von Fachleuten auf 30 Milliarden Kronen geschätzt und ist die Hauptursache des Preissturzes und des Rückganges der fremden Walutens.

Drahtnachrichten der Cillier Zeitung.

Meldungen
des Laibacher Nachrichtenamtes.

Aus der Nationalvertretung.

Belgrad, 14. Juni. Unter den Interpellationen der heutigen Sitzung der Nationalvertretung befindet sich eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Vuč wegen der Organisierung des jugoslawischen Nachrichtendienstes; ferner eine Interpellation des Abgeordneten Dr. Pasković an den Stellvertreter des Außenministers wegen der Rückgabe von Schiffen an das Königreich SHS. Der Abgeordnete verlangt, daß uns Italien alle jene Schiffe ausliefern, welche erst nach dem englisch-italienischen Vertrag in italienischen Besitz gelangt sind. In Vertretung des Außenministers antwortet der Handelsminister Dr. Minčić, daß sich unsere Delegation in Paris bereits wiederholt in diesem Sinne an den Obersten Rat gewendet habe, Italien habe jedoch immer wieder erklärt, daß über die allfällige Rückgabe der Schiffe erst nach der Lösung der Frage D'Annunzios und Fiumes verhandelt werden könne. Der Abgeordnete Dr. Novak führt in der Begründung seiner Interpellation an den Stellvertreter des Außenministers aus, daß sich unsere Regierung bisher um die Tätigkeit der Liquidationskommission in Wien gar nicht gekümmert und infolgedessen Millionen verloren habe. Er verlangt, daß das Beispiel der Polen und Tschechen nachgeahmt und nunmehr wenigstens die Wiedergutmachungskommission unseres regt. Interesses teilhaftig werde. Dr. Minčić erwidert, daß die Wiedergutmachungskommission schon in Kürze mit ihrer Wirksamkeit beginnen werde; die Regierung habe unseren Vertretern deren Stellungnahme vorgeschrieben und ihnen die strengste Wahrung der Interessen unserer Staatsbürger aufgetragen. Der Abgeordnete Smodej interpelliert sodann den Post-

minister wegen der schlechten telegraphischen Verbindung zwischen Belgrad einerseits, Agram und Laibach andererseits. Er fragt die Regierung, was sie zu tun beabsichtige, um eine direkte Verbindung von Laibach bezw. Agram und Sarajevo nach Belgrad herzustellen. Nach einigen anderen Interpellationen wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist Generaldebatte über den Entwurf des Wahlgesetzes. Als erster Redner erklärt der Abgeordnete Dr. Polič, daß die Frage des Frauenwahlrechtes der Evolution überlassen werden müsse und bis zur schließlichen Annahme immer wieder auf die Tagesordnung kommen werde. Der Redner bespricht ferner das Wahlrecht der optionsberechtigten Staatsbürger und schließt seine Rede mit dem Wunsche, die Nationalvertretung möge den Gesetzentwurf annehmen. Im Namen des jugoslawischen Klubs protestiert sodann der Abgeordnete Dr. Derešić dagegen, daß der Wunsch seines Klubs nach Schaffung eines modernen Wahlrechtes nicht berücksichtigt wurde. Er beteuert, daß den Frauen das Wahlrecht nicht zugestanden wurde, und erklärt, daß die Einführung des so genannten Kanzelparagraphen in Jugoslawien den Kulturmampf herauftreiben werde. Hierauf wird die Sitzung bis Nachmittag unterbrochen.

Die deutschösterreichisch-italienischen Beziehungen.

Wien, 14. Juni. Wie die Neue Freie Presse meldet, hielt der Staatskanzler Dr. Renner bei einem gestern zu Ehren der italienischen Gesandtschaft veranstalteten Gastmahl eine Rede, in welcher er dem Gesandten für den freundlichen Empfang dankte, den er und die deutschösterreichischen Staatsfunktionäre in Rom gefunden haben. Der italienische Gesandte erwähnte mit der Versicherung, daß seine Regierung die freundschaftliche Politik gegenüber Deutschösterreich, die von der Gesamtheit des italienischen Volkes gutgeheißen werde, auch weiterhin verfolgen wolle.

Eine Regierungsverfügung betreffend die Unterdrückung von Strahemunruhen.

Wien, 14. Juni. Das Staatsamt des Innern hat eine Verfügung herausgegeben, derzufolge stets ein erfahrener Beamter der politischen bzw. städtischen Polizeibehörde bei der Heranziehung von Gendarmerie- oder Militärabteilungen zur Unterdrückung von Aufrühreraktionen die Leitung des aufgestellten Aufgebotes übernehmen solle. Maschinengewehre dürfen gegen unbewaffnete Demonstranten erst dann angewendet werden, wenn der Zweck mit anderen Waffen nicht erreichbar ist.

Parteiverhandlungen zur Beilegung der deutschen Regierungskrise.

Berlin, 14. Juni. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Trimborn hat bereits im Laufe des gestrigen Tages mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei über eine allfällige Beteiligung an der Regierung verhandelt. Die Deutsche Volkspartei hat sich bereit erklärt, in eine rein bürgerliche Regierung einzutreten, stellt jedoch die Bedingung, daß die Ministerposten von Fachleuten besetzt und als Außenminister ein Berufsdiplomat bestellt werden müsse. Gestern nachmittags fand auch eine Sitzung des Vorstandes der Zentrumspartei statt, in welcher Dr. Trimborn Weisungen für seine weitere Tätigkeit erhielt.

Vollstreckung eines Todesurteils in München.

München, 14. Juni. Das Urteil gegen Wallerhauser, der wegen Beteiligung am Geiselmorde vom Volksgerichte zum Tode verurteilt worden war, ist vom Ministerrate bestätigt und heute vormittags vollstreckt worden.

Der Präsident des Freistaates Danzig.

Danzig, 14. Juni. Bei der Konstituierung der verfassunggebenden Versammlung des zukünftigen Freistaates Danzig wurde der deutsch-nationale Abgeordnete Generalintendant Reinhold zum Präsidenten gewählt.

Zollerhöhung in der Schweiz.

Bern, 14. Juni. Der Nationalrat hat in der Schlafabstimmung die Vorlage über die Erhöhung der Zölle mit 99 gegen 29 Stimmen angenommen und den Gesetzentwurf wegen der Dringlichkeit dem Referendum entzogen.

Italienische Vergeltungsmaßnahme in Valona.

Rom, 14. Juni. Messaggero berichtet aus Valona, daß der muslimische Teil der Stadt durch einen Brand eingedroht und vernichtet wurde, den die italienischen Truppen zur Vergeltung gelegt hätten, weil verschiedene muslimische Elemente die Angriffe der albanischen Auführer unterstützt hätten.

Griechisch-türkische Kämpfe.

Rotterdam, 14. Juni. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus Konstantinopel: Die Griechen wurden beim Versuche, die Mariza zu überschreiten, von den Türken zurückgeschlagen; die letzteren haben sich auf dem Westufer des Flusses festgesetzt.

Suche

Sommerwohnung

zwei Zimmer möbliert, allenfalls mit Küche in Celje oder nächster Umgebung nahe der Sann. Auskünfte erteilt die Verwaltung dieses Blattes.

26037

Bäckerei

wird zu mieten gesucht. Gefl. Anträge an Otto Arnschek, Rochusberg, Smarje pri Jelšah (St. Marein bei Erlachstein).

Leere Flaschen

7/10 Champagner
7/10 Kognak
7/10 Wein-Bouteillen
kaufst jedes Quantum Alois Fabian, Celje, Cankarjeva cesta Nr. 4.

Altes Gold und Silber

Gold- und Silbermünzen, Edelsteine und Perlen kaufst zu den höchsten Preisen die Gold- und Silberwarenfabrik Franz Pacchiafo in Celje, Gledališka ulica Nr. 4.

Perfekte Köchin

für ein grösseres Haus in Cilli zum sofortigen Eintritt gesucht. Anfragen unter Angabe der Lohnansprüche an die Verwaltung d. Bl. 26033

Pensionist (hoher Staatsbeamter)

Ingenieur

mit 38jähriger Praxis, sucht Beschäftigung in seinem oder ähnlichen Berufe, übernimmt Repräsentationen, Vertretungen, Leitungen, Verwaltungen. Gefällige Anträge unter "Ingenieur 26034" an die Verwaltung dieses Blattes.

Beamter

derzeit in Brünn, militärfrei, 32 Jahre alt, absolviert Realstudien, mit Praxis im Büro und Speditionswesen, kundig der tschechischen, deutschen und italienischen Sprache, sucht entsprechenden Posten, wenn möglich in Celje oder Umgebung. Gefl. Anträge unter "P. C. 26019" an die Verwaltung des Blattes erbeten.

Herrschafts-Kutscher

nur mit langjährigen Zeugnissen, wird aufgenommen. Herrschaft Neu-kloster. Sv. Peter v Savinski dolini.

Weisse

Leinen-Herrenanzüge

Herrenschuhe, ein Paar fast neue Goiserner Bergschuhe, Herrenhüte und verschiedenes Anderes zu verkaufen. Adresse in der Verwaltung des Blattes.

26031

Der Spar- u. Vorschussverein Cilli

(registrierte Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung)

zeigt an, dass er seine Amtsräume in sein eigenes Haus

Hauptplatz 15

(früher Schirmgeschäft Fornara)

verlegt und dortselbst am Montag den 14. Juni, seine Amtsgeschäfte begonnen hat.

Celje, im Juni 1920.

Tüchtiger

Goldarbeiter

wird bei gutem Lohn für dauernd aufgenommen. Fritz Binder, Goldarbeiter, Maribor, Orozova ulica (Pfarrhofgasse) Nr. 6.

Neuer starker

Hühnerstall

auch als Kaninchen- oder Schweinstall zu verwenden, zu verkaufen. Benesch, Ljubljanska cesta Nr. 8.

Neuer roter

Gartenschirm

samt Ständer, gut erhaltene Wäschrolle und einige Damenstroh Hüte zu verkaufen. Anzufragen in der Verwaltung des Blattes.

26028

Ein Paar gelbe

Herrenschuhe

Amerikaner Nr. 41, zu verkaufen. Na okopih (Schulgasse) 11, I. St.